Fraktion in der
Marburger Stadtver-
ordnetenversammlung

Elisabethstr. 9
35037 Marburg
Tel. 06421-163873
info@die-linke-marburg.de
www.die-linke-marburg.de

Marburg, den 29. Dezember 2025

Bericht aus der Marburger Stadtverordnetenversammlung vom 23.12.2025

Haushalt 2026: Weitreichende Gebührenerhöhungen von Kita bis Schwimmbad belasten große Teile der Marburger Bevölkerung

Die letzte Sitzung der Marburger Stadtverordnetenversammlung im Jahr 2025 stand vollständig im Zeichen der Haushaltsdebatte. In zweiter Lesung wurde über den Haushalt 2026 sowie den Finanzplan bis 2029 beraten und abgestimmt. Auf der Tagesordnung verblieb neben den Vorlagen des Magistrats lediglich der Antrag der Fraktion Die Linke zur vollständigen Weitergabe der hessischen Mittel aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz an die Kommunen.

Breite Allianz für Spar- und Kürzungspolitik – Einschnitte bei Sozialem und Kultur als alternativlos angesehen

Grundsätzlich wurde eine rigorose Spar- und Kürzungspolitik in allen Bereichen der Stadtgesellschaft als das Marburger Programm für die kommenden Jahre von CDU bis zur Klimaliste für alternativlos ausgegeben. Nur für die Durchführung gab es differenzierte Vorstellungen. Viele Gebührenerhöhungen waren schon im Vorfeld der Haushaltsdebatte beschlossen worden – wie zum Beispiel die Kita-Gebühren und die Essensbeiträge.

CDU/FDP/BfM – parteiischer Blick für Interessen „der Wirtschaft“

Von Seiten der rechts-konservativen Gemeinschaftsfraktion CDU/FDP/BfM wurde in erster Linie moniert, dass die Kürzungen nicht weitreichend und tiefgreifend genug ausgefallen seien. Ihr Motto lautete: „Soziales, Kultur, Kitas: Alle Standards müssen runter.“ Ihre Hauptsorge galt den angeblich siechenden Firmen besonders am Pharmastandort, denen keine größeren finanziellen Beiträge zur Entwicklung der Stadt abverlangt werden könnten. Deshalb lehnte man jede Erhöhung der Gewerbesteuer ab, kalkulierte dagegen das Aus etwa für das Café Trauma oder das „Q“ am Pilgrimstein öffentlich ein. Die Konservativen verlangen den Rückzug der Stadt auf ihre gesetzlichen Pflichtaufgaben, was gleichzeitig eine rigorose Kürzung bei sogenannten freiwilligen Aufgaben im sozialen und kulturellen Bereich bedeutet. Anmerkung Die Linke: Das ist ein neoliberales Konzept, das schon anderswo Verheerungen angerichtet hat.

Koalitionsparteien auf der Suche nach dem „Weg der Mitte“

Ungewöhnlich in dieser Haushaltsdebatte war, dass die Magistratsparteien SPD, Grüne und Klimaliste sich offenbar deckungsgleich bewegen mit den Kürzungsvorschlägen des

Magistrats, denn sie legten keine eigenen Anträge vor. Alle drei Parteien bekannten sich ebenfalls alternativlos zu strukturellen Kürzungen, jedoch mit Bedauern. Immerhin hatte man sich auf „dem Weg der Mitte“ in der Koalition zu einer zahmen Erhöhung der Gewerbesteuer entschlossen. In der Debatte selbst lobten die jeweiligen Redner*innen die Verdienste ihrer Dezernate in den vergangenen Jahren. Dass vieles durch die Kürzungsmaßnahmen konterkariert wird, zumal an vielen Stellen bereits ein zeitlicher Mechanismus für Gebührenerhöhungen eingebaut ist, blieb weitgehend unerwähnt.

Die Linke: Neuer Aufbruch in die sozial-ökologische Moderne

Dem Diktum eines strukturellen Ausgabeproblems stellte Jan Schalauske als Vertreter der Fraktion Die Linke die Aussage gegenüber: Marburg leidet unter einem strukturellen Einnahmeproblem. Der neue Haushalt werde „die breite Masse der Stadtbevölkerung spürbar belasten, während die Gewinne der ansässigen Großunternehmen weiter überdurchschnittlich stark geschont werden… Er droht das Miteinander in Marburg und unsere Möglichkeiten, die Zukunft zu gestalten, erheblich zu beschädigen." Bereits 2025 sei das Leben für die Menschen teurer geworden. „Für einen durchschnittlichen Haushalt steigen die Strom- und Gaspreise um 30€ im Monat, die Müll und Niederschlagswassergebühren wurden erhöht. Weitere Belastungen kommen nun dazu: Erhöhung der Grundsteuer, die auf die Mieter*innen umgelegt werden kann, die Einführung von Kita-Gebühren und die Erhöhung der Schwimmbadpreise, um nur einige Punkte zu nennen.“

Ein gewaltiges Problem liege nach Auffassung der Linken darin, dass durch den seit 2011 künstlich niedrigen Hebesatz über 300 Mio. mögliche Steuereinnahmen an die Unternehmen verschenkt worden seien. „Damit hätte man das ‚Haushaltsloch‘ sechs- bis achtmal stopfen können.“ Auch bei der halbherzigen Erhöhung der Gewerbesteuer, die die Koalition vorsieht, bleibt Marburg unter dem bundesdeutschen Durchschnitt.

Miguel Angel Sanchez Arvelo wies den Vorwurf mangelnder Verantwortung entschieden zurück. Die Linke habe konkrete, durchgerechnete Alternativen vorgelegt: soziale und ökologische Mehrausgaben von rund 2,2 Mio. Euro, finanziert durch Einsparungen und vor allem durch höhere Einnahmen. Er verwies darauf, dass Die Linke bei den Kita-Gebühren eine deutliche soziale Staffelung vorgesehen habe: Für finanziell schlechter gestellte Haushalte sollte es keine Gebührenerhöhung im Bereich der unter Dreijährigen und keine neuen Gebühren für die über Dreijährigen geben. „Außerdem haben wir Änderungsanträge gestellt für kulturelle Förderung, Einstellung von nötigem Personal in Bädern, Personal für Beratungsstelle gegen Mietwucher, Unterstützung für Vereine der Gesundheitsförderung, Verbesserung der Chancengleichheit, Partizipation von Menschen mit Behinderungen, Gutschein für Fahrradreparatur, Begrünung und Beschattung der Innenstadt.“ Miguel Sanchez und Jan Schalauske forderten aber nicht nur politischen Gestaltungswillen auf kommunaler Ebene. Gegenüber der Bundes- und Landesebene fordert Die Linke: eine gerechtere Besteuerung von Unternehmen und Superreichen, Wiedereinführung der Vermögensteuer, gerechtere Ausgestaltung der Erbschaftssteuer, die den Ländern und den Kommunen zugute käme.

Fazit: Um die aktuellen Krisen zu bewältigen, braucht Marburg einen neuen Aufbruch in die sozial-ökologische Moderne. Ein starker Sozialstaat und ein funktionierendes Gemeinwesen sind eine zentrale Säule, um rechtem Hass und Hetze Paroli zu bieten.

Weitere Abstimmungen

Kinderbetreuungssatzung: Gegen die Stimmen von Die Linke, MLP und Dietmar Göttling beschlossen ● Kindertagespflegesatzung: Gegen die Stimmen von Die Linke, MLP und Dietmar Göttling beschlossen ● Wirtschaftspläne Stadtwerke und DBM: einstimmig angenommen ● Verstetigungskonzepte Sozialer Zusammenhalt: CDU/FDP/BfM Enthaltung, übrige Zustimmung ● Berichtsantrag MLP (Linux): einstimmig angenommen ● Antrag Die Linke: vollständige Weiterreichung der Mittel aus dem Sondervermögen: Zustimmung aller Fraktionen außer CDU/FDP/BfM

Herzliche und solidarische Grüße von der Fraktion Die Linke

Renate Bastian, Miguel Angel Sanchez Arvelo, Jan Schalauske